

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft

**zu der Mitteilung der Landesregierung vom 15. Juni 2011
– Drucksache 15/130**

**Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags;
hier: Denkschrift 2010 des Rechnungshofs zur Haushalts- und
Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg
– Beitrag Nr. 28: Informations- und Kommunikationstechnik bei der Universität Hohenheim**

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

1. von der Mitteilung der Landesregierung vom 15. Juni 2011 – Drucksache 15/130 – Kenntnis zu nehmen;
2. die Landesregierung zu ersuchen,
dem Landtag bis 1. April 2012 erneut zu berichten.

22. 09. 2011

Der Berichterstatter:

Tobias Wald

Der Vorsitzende:

Guido Wolf

Bericht

Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft beriet die Mitteilung Drucksache 15/130 in seiner 4. Sitzung am 22. September 2011.

Der Berichterstatter unterstrich, die Umsetzung des Landtagsbeschlusses vom 25. November 2010 (Drucksache 14/7028 Abschnitt II) sei auf den Weg gebracht, aber noch nicht abgeschlossen. Daher schlage er vor, dass die Landesregierung dem Landtag einen weiteren Bericht vorlege, wenn die Universität Hohenheim, wie in der vorliegenden Drucksache erwähnt, ihren Hardwarebestand erfasst und die betreffenden Daten ausgewertet habe.

Ausgegeben: 30. 09. 2011

1

Ein Vertreter des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst antwortete auf Frage des Berichterstatters, die Buchstaben a und b des Landtagsbeschlusses vom 25. November 2010 seien bereits abgearbeitet worden. Es gehe jetzt noch um die Erledigung der Buchstaben c und d. Nach einer aktuellen Auskunft der Universität Hohenheim sei die Bestandserfassung bis auf sieben Rückmeldungen von Universitätseinrichtungen abgeschlossen. In der Folge solle auf der Basis der entsprechenden Kennzahlen ein zentrales Bestandsmanagement eingeführt werden. Spätestens im Frühjahr 2012 müsste man so weit sein.

Der Berichterstatter erklärte sich mit dem vom Vorsitzenden vorgeschlagenen Termin „1. April 2012“ für einen erneuten Bericht der Landesregierung einverstanden.

Der Ausschuss kam ohne förmliche Abstimmung zu folgender Beschlussempfehlung an das Plenum:

Der Landtag wolle beschließen,

I. von der Mitteilung der Landesregierung, Drucksache 15/130, Kenntnis zu nehmen;

II. die Landesregierung zu ersuchen, dem Landtag bis 1. April 2012 erneut zu berichten.

28. 09. 2011

Tobias Wald